

# Wohin steuert die luxemburgische Verteidigungspolitik?

Im Juli 1995 hielt sich einige Tage lang eine bunt zusammen gewürfelte Gruppe auf der Place Clairefontaine in Luxemburg auf und veranstaltete eine Art Mahnwache. Der Anlass war, dass kaum tausend Kilometer von Luxemburg entfernt ein als Bürgerkrieg bezeichneter Vertreibungskrieg wütete und die europäische Staatengemeinschaft den Menschen dort offensichtlich die Hilfe verweigerte. Mit Folter, Mord, Totschlag und Vergewaltigung wurden Hunderttausende aus ihrer Heimat vertrieben und die Bevölkerung der europäischen Großstadt Sarajewo über zwei Jahre lang mit schweren Geschützen beschossen und belagert. Zum selben Zeitpunkt kamen Nachrichten, denen zufolge die Verteidiger der UN-Schutzzone Srebrenica aufgegeben hätten. Für die schon seit Monaten eingeschlossenen Menschen musste man das Schlimmste befürchten.

Foto: Lëtzebuenger Arméi



Drei Jahre lang hatte Europa zugehört, ohne eine Antwort zu finden auf diese erste kriegerische Herausforderung auf eigenem Boden seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Gegenüber der Passivität ihrer Regierungen wollten die paar Leute auf der Place Clairefontaine vor dem Außenministerium protestieren: Sie sammelten Unterschriften für ein Engagement der internationalen Gemeinschaft und forderten, dem Gemetzel durch ein militärisches Eingreifen ein Ende zu setzen. Überwältigend viele Bürger kamen zu dem kleinen Stand mit den Plakaten und Unterschriftenlisten – darunter sehr viele Ältere, die mit Trauer und Unverständnis die Situation in Bosnien mit ihren eigenen Kriegserlebnisse fünfzig Jahre zuvor verglichen.

Der Mann, der damals Luxemburg als Außenminister in der Welt vertrat, sah

sich am 11. Juli doch genötigt, kurz mit den Demonstranten zu sprechen. Den Vorwurf, die europäischen Regierungen würden nichts unternehmen, um dem Morden Einhalt zu gebieten, begegnete er mit einem Vortrag über die topographische Gegebenheiten auf dem Balkan und erklärte, warum man in den Bergen und Wäldern Bosniens nicht so leicht Panzer einsetzen könne wie etwa bei der Befreiung Kuwaits 1991. Er stellte dann die Vermutung an, dass auch von den Anwesenden kaum jemand seinen erwachsenen Sohn zum Kampfeinsatz ins Kriegsgebiet schicken würde. Und - als er auf die Ereignisse rund um die Schutzzone Srebrenica angesprochen wurde - zeigte er sich gelassen: „Ja, bei der Evakuierung von Srebrenica hatte es wohl einige bedauerliche Zwischenfälle gegeben“. Wir ahnten damals und wissen heute, dass die „bedauerlichen Zwischenfälle“ bei dieser „Evakuierung“ über 7.500 Menschen das Leben gekostet haben. Für Herrn Poos war jedoch der Moment nicht gekommen, um seiner und der europäischen Bevölkerung ein militärisches Eingreifen zuzumuten.

Wenige Wochen später entschied die damalige US-Administration unter Bill Clinton, mit einigen Luftschlägen dem Spuk ein Ende zu bereiten, der während drei Jahren etwa 250.000 Menschen mitten in Europa das Leben gekostet hatte und Hunderttausende ihrer Heimat beraubte.

Die Passivität der EU und das sicherheitspolitische Versagen der europäischen Staaten in diesen Monaten war traumatisch einerseits für die europäischen Bevölkerungen und insbesondere

für die damalige europäische Jugend, die den Abgrund von Zynismus und Verlogenheit bei Leuten wie Kohl, Mitterrand und Poos ungeschminkt gesehen hatten – und seitdem dieses Verhalten fest einrechnen.

Aber auch für die Regierungen musste der Bosnien-Krieg ein Trauma sein, war damit doch der endgültige Beweis für europäische Ohnmacht und Zerstrittenheit sowie für die Abhängigkeit von den USA erbracht. Bei der nächsten Gelegenheit wollten die europäischen Kanzleien besser vorbereitet sein. Und diese nächste Gelegenheit ließ nicht lange auf sich warten: Der nach völkerrechtlichen Standards zweifelhafte Nato-Einsatz im Kosovo (vgl. das Dossier in *forum* Nr. 196, Dezember 1999) verschaffte insbesondere Deutschland, nachträglich gesehen aber auch der gesamten EU einen Paradigmenwechsel in der Verteidigungspolitik.

Mit dem 11. September 2001 sollte das Thema "europäische Verteidigungspolitik" noch eine zusätzliche Brisanz erhalten. Für die USA begann eine Zeit beispiellosen Aufrüstens. Spätestens nach dem Beginn des zweiten Irak-Krieges musste Europa sich offensichtlich entscheiden, ob es bei den zukünftigen Kriegen abseits stehen oder ein Minimum an gemeinsamer militärischer Stärke aufbauen wollte. Und so wurden in den letzten Monaten endgültig die Weichen für einen entschiedenen Ausbau der militärischen Kapazitäten Europas gestellt. Einige Mitglieder der EU sind auf dem Wege, nach der Agrar-, Außenhandels- und Währungspolitik nun auch die Verteidigungspolitik zu vergemeinschaften und sich von ihrer Rolle als Softpower zu verabschieden. Das Großherzogtum, das eigentlich gute Gründe hat, allem Militärischen mit Vorsicht zu begegnen, will auch in diesem Bereich nicht abseits stehen...

Die Autoren, die am vorliegenden Dossier mitgearbeitet haben, betrachten die europäischen Anstrengungen im militärischen Bereich mit starkem Misstrauen. (Von offizieller Seite wird die Entwicklung zur Zeit nicht kommentiert). Raymond Klein (S. 18) gibt einen Überblick über den Stand der luxemburgischen "Rüstungspolitik" und weist auf die sprunghaft gestiegenen Mittel im Verteidigungshaushalt des Großherzogtums hin.



Foto: Lëtzebuurger Arméi

Dan Michels warnt vor der gleichzeitig vorgesehenen Eingrenzung der parlamentarischen Kontrolle von Militäreinsätzen (S. 20). Sollte die entsprechende Gesetzesreform durchkommen, und alles weist darauf hin, bescheinigt er dem Land das Fehlen einer vernünftigen parlamentarischen Mitentscheidungskultur.

Lex Folscheid fragt, warum die EU (und Luxemburg) sich nicht klarer auf die Ziele und Instrumente der UN verpflichtet (S. 23). Statt allein militärische Kapazitäten und eine weltweite Interventionsmacht anzustreben, sollte sich die Union gleichzeitig den Pflichten und Regeln unterwerfen, wie sie das internationale Völkerrecht und die Vereinten Nationen unmissverständlich vorsehen. Lex Folscheid erinnert daran, dass der vom Staatsrat unkommentiert abgenickte Kauf eines Militärflugzeuges unter den derzeitigen Bedingungen kaum als humanitäres Projekt verbucht werden kann.

Der Friedensforscher Tobias Pflüger beschreibt die Neuerungen, die die zukünftige europäische Verfassung und die in groben Zügen festgelegte europäische Militärstrategie bringt (S. 28). Spätestens bei der Analyse dieser Texte kommen Zweifel auf, ob nicht ganz bewusst auf europäischer Ebene eine Aufrüstungspolitik verankert werden soll, die der europäischen Rüstungsindustrie zuarbeitet. Unterschlagen

wird nämlich, dass wirkliche Friedenseinsätze gar nicht so aufwendig sind – im Gegensatz zu wirklichen Kriegen.

Michele Parente (S.34) bleibt es vorbehalten über das zu schreiben, worum es neben Budgetmitteln, Ausrüstung, Mannschaftstärken und Strategien im Kern eigentlich geht: Um die Fähigkeit des Menschen mit strahlender Selbstgewissheit in den Untergang zu laufen.

Die Begeisterung mit der Europa plötzlich seine militärischen Ambitionen entdeckt und wie ganz selbstverständlich die Notwendigkeit eines Gleichziehens mit den USA deklariert, erinnert in Anfängen an die Flottenbauplänen des Deutschen Reiches, mit denen dieses vor hundert Jahren ansetzte, die ganze Welt mit in den Abgrund zu reißen.

War es etwa das, was wir vor zehn Jahren auf der Place Clairefontaine gefordert hatten?

Von der anderen Seite des Atlantiks gesehen, glänzt die EU noch als Friedensmacht. Klaus Pöhle (S.32) bringt einen Gegenton und bespricht "Der europäische Traum", Jeremy Rifkins Buch über die zivilisatorischen Vorzüge der europäischen Entwicklung (ab Seite 32). In Rifkins inspirierendem Buch fände der bereits überzeugte Europäer Bestätigung und der Skeptiker Ermunterung während der EU-Gegner vermutlich seinen Weg fortsetze.